



Nr. 258 | 26.11.2021

Ukraine-Analysen

Erdgastransit und Stromsektor

■ ANALYSE	
Das Ende des russischen Erdgastransits. Herausforderungen für die Ukraine	2
Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
■ STATISTIK	
Russische Erdgasexporte und der Erdgastransit durch die Ukraine	5
■ ANALYSE	
Die Anbindung der Ukraine an Europas Stromsystem. Zwischen technischen Details und harter Geopolitik	7
Lukas Feldhaus (Berlin Economics, Berlin), Kirsten Westphal (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin), Georg Zachmann (Bruegel, Brüssel)	
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Quartalsbericht zur Ukraine: Juli bis September 2021	13
Andrian Prokip (Kennan Institute, Wilson Center, Washington, D.C./ Ukrainian Institute for the Future, Kyjiw)	
<hr/>	
■ CHRONIK	
08. – 21. November 2021	17

Das Ende des russischen Erdgastransits. Herausforderungen für die Ukraine

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.258.01

Zusammenfassung

Es ist zu erwarten, dass Russland den Erdgastransit durch die Ukraine zum Ende des laufenden Vertrages 2024 einstellen oder zumindest drastisch reduzieren wird. Für die Ukraine ergeben sich daraus drei Herausforderungen. Erstens muss sie die vollständige Erdgasversorgung des Binnenmarktes gewährleisten. Zweitens muss sie den Wegfall von Transiteinnahmen in Milliardenhöhe kompensieren. Drittens muss das veraltete und ohne den Transit überdimensionierte Pipelinesystem modernisiert und angepasst werden.

Einleitung

Die offizielle russische Energiestrategie 2035 (<http://government.ru/news/39847/>) sieht gegenüber dem Basisjahr 2018 bis zum Jahr 2024 einen Anstieg der Exporte durch Erdgaspipelines um 20 bis maximal 30 Mrd. m³ und zum Jahr 2035 um 35 bis 80 Mrd. m³ vor. Gleichzeitig sollen nach China und Südostasien Erdgaspipelines mit einer Kapazität von 38 Mrd. m³ und später 80 Mrd. m³ geschaffen werden. Die Ausweitung des Exportes durch Pipelines soll also komplett in Richtung Asien erfolgen. Zusätzlich ist ein starker Anstieg der Exporte in Form von Flüssiggas vorgesehen. Die Energiestrategie geht davon aus, dass der Anteil von Flüssiggas an den russischen Erdgasexporten von derzeit gut 10 Prozent bis 2035 auf etwa ein Drittel ansteigt.

Eine Ausweitung der russischen Erdgasexporte durch Pipelines nach Europa ist in der offiziellen russischen Energiestrategie also nicht vorgesehen. Da der europäische Erdgasverbrauch angesichts der ehrgeizigen Pläne für eine Energiewende weg von fossilen Brennstoffen kaum prognostizierbar ist und längerfristig abnehmen sollte, macht für Russland die Expansion in den chinesischen Markt wirtschaftlich Sinn. Stärkere Nachfrage in Europa könnte in Zukunft bei Bedarf mit Exporten von Flüssiggas gedeckt werden.

Die russischen Erdgasexporte nach Europa lagen in den letzten vier Jahren zwischen 175 und 200 Mrd. m³ pro Jahr, wie Grafik 1 auf S. 5 zeigt. Wenn die Nord Stream 2-Pipeline durch die Ostsee wie geplant im nächsten Jahr den Betrieb aufnimmt, beträgt die Kapazität der russischen Erdgaspipelines nach Europa insgesamt 378 Mrd. m³, liegt also weit über dem Bedarf. Ohne die Pipelines durch die Ukraine reduziert sich die Gesamtkapazität auf 195 Mrd. m³, wie Tabelle 1 auf S. 6 zeigt. Wenn Russland alle Exportpipelines wie geplant nutzen kann, werden die Transitpipelines durch die Ukraine also kaum noch benötigt.

In diesem Sinne hatte Alexej Miller, der Leiter des staatlichen russischen Erdgaskonzerns Gazprom, dessen Tochterfirma Gazpromexport für die Exportpipelines

zuständig ist, bereits 2018 erklärt (<https://www.reuters.com/article/us-russia-ukraine-gas-idUSKBN1HH2HL>), dass in Zukunft nur noch 10 bis 15 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr durch die Ukraine exportiert werden. Dies ist weniger als ein Zehntel der Durchschnittswerte aus den 1990er und 2000er Jahren, wie Grafik 1 auf S. 5 illustriert. Ob selbst diese Menge wirklich gebraucht wird, hängt von der Entwicklung der europäischen Nachfrage ab. Hinzu kommt, dass Gazprom in Zukunft seine in Deutschland erworbenen Gasspeicherkapazitäten nutzen kann, um auf kurzfristige Nachfragespitzen zu reagieren. Die deutschen Speicher können Erdgas im Umfang von einem Viertel des Jahresverbrauchs aufnehmen. Gazprom kontrolliert fast ein Drittel der Gasspeicher in Deutschland, Österreich und den Niederlanden.

Russland geht es dementsprechend bei den neuen Pipelineprojekten nach Europa nicht um eine Ausweitung der Exportkapazitäten, sondern um eine Änderung der Transportwege zur Vermeidung der Ukraine. Dies ist eine Reaktion auf jahrzehntelange Konflikte mit der Ukraine als Abnehmer und Transitland russischen Erdgases (siehe Russland-Analysen 410, <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/410/>).

Konflikte mit der Ukraine

Diese Konflikte führten bereits seit den 1990er Jahren zu russischen Lieferstopps für die Ukraine. Als die Ukraine darauf 2006 und 2009 mit der Entnahme von für den Transit bestimmten Erdgases reagierte, kam es auch zu einer vorübergehenden Einstellung der russischen Lieferungen in die EU. Der Konflikt eskalierte erneut im Zuge der Ukraine-Krise 2014. Die Ukraine-Analysen haben regelmäßig über diese Konflikte berichtet. Überblicke finden sich in den Ausgaben Nr. 50 (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/50/>) und Nr. 134 (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/134/>).

Diese Konflikte lassen sich im Wesentlichen auf vier Probleme zurückführen. Erstens war die Ukraine seit der tiefen Wirtschaftskrise der 1990er Jahre oft nicht in

der Lage, ihren aufgrund veralteter Schwerindustrie und schlecht isolierter Wohngebäude extrem hohen Erdgasverbrauch vollständig zu bezahlen. Zweitens war aber auch die Preispolitik Russlands gegenüber den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion wenig berechenbar. Wahrgenommene Freundschaft führte zu starken Preisnachlässen, russische Unzufriedenheit mit der Politik eines Landes oft zu drastischen Preiserhöhungen. Diese wurden um intransparente Straf- und Zinsforderungen ergänzt. Drittens profitierten sowohl auf russischer als auch auf ukrainischer Seite Korruptionsnetzwerke in der Energiewirtschaft von den unklaren Verhältnissen. Es ist bezeichnend, dass der Vorschlag der EU nach dem Lieferstopp 2009, die russischen Liefermengen in die Ukraine durch Messstationen zu erfassen, allem Anschein nach von beiden Seiten nicht gewollt wurde (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/176/der-russisch-ukrainische-erdgaskonflikt-2009-im-ueberblick/>). Viertens wird das Erdgasgeschäft durch geopolitische Konflikte überlagert. So wurden die Gasverhandlungen in den 2000er Jahren regelmäßig mit Zahlungen für die Stationierung der russischen Flotte auf der Krim kombiniert, zuletzt im Vertrag von 2010.

Nach der Eskalation 2014 wurde der Konflikt im Erdgashandel durch eine Entflechtung der Handelsbeziehungen de facto entschärft. Die Ukraine bezieht seit 2016 kein Erdgas für den eigenen Bedarf mehr aus Russland. 2017 und 2018 entschied ein internationales Schiedsgericht über die im Laufe der Jahre angesammelten gegenseitigen Forderungen im Erdgashandel. Im Ergebnis erhielt die Ukraine 2,6 Milliarden US-Dollar von Gazprom zugesprochen (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/198/gazprom-vs-naftogaz-ukrainy-die-schiedsprueche-des-stockholmer-schiedsgerichts/>). 2019 wurde dann nach einem von der EU organisierten Verhandlungsmarathon ein neuer Transitvertrag geschlossen, der 2024 ausläuft (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/228/voruebergehende-stabilisierung-der-russisch-ukrainische-vertrag-zum-gastransit/>).

Falls ein neuer Vertrag zustande kommt, dürften die vorgesehenen Transitmengen minimal sein, da Russland, wie Grafik 1 auf S. 5 zu entnehmen ist, ausreichend alternative Exportkapazitäten geschaffen hat. Es ist aber auch zu erwarten, dass ein Vertrag ähnlich wie 2019 erst im letzten Moment geschlossen wird, da Russland durch Verzögerungen seine Verhandlungspartner unter Druck setzen kann. Für die Ukraine bedeutet dies, dass der russische Erdgastransit über 2024 hinaus erst einmal nicht planbar ist. Daraus ergeben sich für das Land drei Herausforderungen. Erstens muss die Ukraine die vollständige Erdgasversorgung des Binnenmarktes gewährleisten. Zweitens muss sie den Wegfall von Transiteinnahmen in Milliardenhöhe kompensieren.

Drittens muss das veraltete und ohne den Transit überdimensionierte ukrainische Pipelinesystem modernisiert und angepasst werden.

Selbst wenn Nord Stream 2 von Russland nicht oder nicht mit voller Kapazität genutzt werden kann oder russische Erdgasexporte nach Europa deutlich steigen sollten, wird der verbleibende Transit durch die Ukraine gering ausfallen. Bereits dieses Jahr dürfte der Erdgastransit durch die Ukraine nur noch ein Drittel der Höchstwerte aus den 2000er Jahren betragen. Auch die Transiteinnahmen der Ukraine sind bereits stark eingebrochen. Somit stellen sich die oben genannten Herausforderungen unter diesen Bedingungen bereits in leicht abgeschwächter Form.

Versorgung des Binnenmarktes

Die EU hatte bereits in Reaktion auf die Lieferausfälle 2009 die von Ost nach West verlaufenden Erdgaspipelines auf ihrem Gebiet so aufgerüstet, dass die Fließrichtung umgekehrt werden kann. Dementsprechend kann bei einem erneuten Lieferausfall Erdgas von Deutschland oder Österreich nach Osten geliefert werden. Dies sollte die Versorgung der östlichen EU-Mitgliedstaaten sicherstellen. Tatsächlich wird die umgekehrte Fließrichtung vor allem genutzt, um die Ukraine mit Erdgas zu versorgen. Wie Grafik 2 auf Seite 6 zeigt, importiert die Ukraine seit 2016 kein Erdgas mehr direkt aus Russland. Stattdessen kommen zwei Drittel der ukrainischen Erdgasimporte aus der Slowakei, der Rest aus Ungarn und Polen.

Ein Problem besteht aber darin, dass die Gasversorgung von Teilen der Ostukraine aus dem Westen derzeit technisch nicht möglich ist. Stattdessen entnimmt die Ukraine im Osten russisches Erdgas aus den Transitleitungen und speist dafür im Westen im selben Umfang Erdgas aus eigener Produktion in die Transitleitung ein. Vor einem vollständigen Ende des russischen Erdgastransits – und sei es auch nur vorübergehend – muss also auch die Ukraine ihr Pipelinennetz auf eine umkehrbare oder umgekehrte Fließrichtung aufrüsten. Die nicht unter der Kontrolle der ukrainischen Regierung stehenden Gebiete in der Ostukraine sowie die Krim werden derzeit direkt aus Russland mit Erdgas versorgt.

Wegfall der Transiteinnahmen

Die ukrainischen Erdgaspipelines werden vom staatlichen Energiekonzern Naftogaz Ukrainy betrieben. Die Ukraine hat die Vorgaben der EU zur Liberalisierung des Erdgasmarktes übernommen, so dass innerhalb von Naftogaz separate Einheiten für Produktion und Transport geschaffen wurden. Erdgastransport und Erdgasspeicher werden so mittlerweile von Ukrtransgaz als hundertprozentiger Tochterfirma von Naftogaz betrieben.

Die Einnahmen des Konzerns aus dem Transit russischen Erdgases betragen unter dem bis 2019 laufenden Transitvertrag im Durchschnitt umgerechnet gut 2 Mrd. Euro pro Jahr, wie Tabelle 2 auf Seite 6 zeigt. Der neue, bis 2024 laufende Transitvertrag verpflichtet Russland seit 2021 zu einer Transitmenge, die gerade mal ein Viertel der Kapazitäten beträgt. Dementsprechend sind die ukrainischen Einnahmen aus dem Erdgas transit bereits vor der Inbetriebnahme von Nord Stream 2 eingebrochen.

Gazprom hat auf die im Herbst 2021 deutlich gestiegene Nachfrage in der EU nicht mit zusätzlichen Lieferungen durch die Ukraine reagiert, sondern ist Mitte November gerade einmal zum im Transitvertrag vorgesehenen Mindestvolumen zurückgekehrt, nachdem die Lieferungen im Vormonat darunter gelegen hatten (<https://www.gazprom.com/investors/disclosure/actual-supplies/>). (Das im Transitvertrag vorgesehene Mindestvolumen von 40 Mrd. m³ pro Jahr entspricht einem Durchschnitt von 110 Mio. m³ pro Tag). Damit dürften die ukrainischen Transiteinnahmen im Jahr 2021 nur noch bei 1 Mrd. Euro liegen. Diese Summe entspricht immer noch gut 2 Prozent der im Staatshaushalt vorgesehenen Einnahmen und 10 Prozent der vorgesehenen Neuverschuldung.

Doch ein solcher Vergleich ist irreführend. Erstens kann (neben regelmäßig anfallenden Steuerzahlungen) maximal der Gewinn an den Staatshaushalt abgeführt werden, der zum Beispiel im letzten Jahr für den Erdgas transit nur bei 40 Mio. Euro lag. Zweitens braucht Naftogaz die Einnahmen eigentlich selbst, um die Modernisierung des Konzerns zu finanzieren. Dies betrifft auch die veralteten Erdgaspipelines.

Tatsächlich sind die Finanzen des Staatskonzerns Naftogaz für die anstehenden Investitionen nicht ausreichend. Der hochverschuldete ukrainische Staat hat sich im Zuge der pandemiebedingten Wirtschaftskrise durch hohe Dividendenzahlungen zusätzliche Einnahmen zu Lasten des Energiekonzerns gesichert. Hinzu kommt, dass die privaten Erdgasversorger, insbesondere diejenigen, die dem ukrainischen Oligarchen Dmytro Firtasch gehören, gegenüber Naftogaz erhebliche Schulden angehäuft haben. Gleichzeitig gibt es Vorwürfe von Intransparenz, Ineffizienz und Korruption im Konzern.

Im Ergebnis erklärte Naftogaz im April 2021, dass es im Vorjahr einen Verlust von einer halben Milliarde Euro erwirtschaftet hatte, während der Plan für den Staatshaushalt, der im Dezember verabschiedet worden war, noch mit einem erheblichen Gewinn rechnete. Gleichzeitig hatte das Management hohe Bonuszahlungen erhalten, die im Unternehmensbericht nicht getrennt ausgewiesen wurden. Die ukrainische Regierung reagierte mit der spontanen und rechtlich umstrittenen Entlassung des Top-Managers, Andriy Koboljew,

was die unabhängigen Mitglieder des Aufsichtsrates zum Rücktritt veranlasste. Staat und Unternehmen sind dementsprechend schlecht aufgestellt, um das ukrainische Pipelinennetz für Erdgas zukunftsfähig zu machen.

Zukunft des Pipelinesystems

Die ukrainischen Erdgaspipelines besaßen bereits in den 1990er Jahren einen erheblichen Modernisierungsbedarf, da über ein Drittel bereits damals seit über 25 Jahren in Betrieb war. Fast die Hälfte der Pipelines hatte unzureichenden Korrosionsschutz. Die Verdichterstationen entsprachen nicht den Umweltauflagen und waren durch extrem hohe Erdgasemissionen gekennzeichnet. Mittlerweile wird geschätzt, dass die Pipelines deshalb statt der nominellen Kapazität von gut 180 Mrd. m³ tatsächlich nur noch 140 bis 150 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr transportieren können. Studien beziehen sich immer auf die geschätzten Emissionsverluste. Eine umfassende Bestandsaufnahme des Modernisierungsbedarfs und der entsprechenden Kosten existiert aber nicht oder ist zumindest nie veröffentlicht worden.

Eine umfassende Modernisierung der Transitpipelines unter Beteiligung ausländischer Investoren wurde regelmäßig diskutiert, konnte aber nie verwirklicht werden. Erste Verhandlungen begannen 2002 zwischen Russland und der Ukraine unter Einbeziehung des deutschen Unternehmens Ruhrgas (mittlerweile Teil von Uniper). 2009 wurde ein größeres Konsortium unter Einbeziehung mehrere westeuropäischer Energiefirmen von Ruhrgas und Wingas (BASF) in Deutschland über die italienische ENI und österreichische ÖMV bis zur französischen GDF Suez diskutiert. In der Ukraine gab es Vorbehalte, Russland an strategisch wichtiger Infrastruktur zu beteiligen. Westliche Investoren benötigten aber die Transitzusagen Russlands, um ihre Investitionen abzusichern. Russland wiederum plante bereits seit Ende der 1990er Jahre eine Umgehung der Ukraine beim Erdgasexport (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/217/russlands-exportpipelines-diversifizierung-oder-bestandssicherung/>). Im Ergebnis hat die Ukraine zwar regelmäßig einzelne Verdichterstationen erneuert, aber keine umfassende Modernisierung des Pipelinennetzes vorgenommen.

Mit dem jetzt bereits stattfindenden drastischen Rückgang des russischen Erdgas transits geht es aber nicht nur um eine Modernisierung, sondern vielmehr um einen Rückbau. Die Transitzkapazität der ukrainischen Pipelines beträgt das Sechsfache des Binnenverbrauchs. Um derartig große Pipelines betriebsbereit zu halten, ist in großem Umfang »technisches Gas« erforderlich. Hinzu kommt, dass im Falle einer Einstellung des Transits für die Versorgung der Ostukraine die Fließrichtung auf West–Ost umgestellt werden muss.

Naftogaz hofft, unabhängig vom russischen Erdgastransit seine Erdgasspeicher nutzen zu können. Die Sowjetunion hatte Erdgasspeicher vor allem in der Westukraine gebaut, um bei erhöhter Nachfrage in kalten Wintern von hier zusätzlich Erdgas direkt nach Westen liefern zu können. Die Erdgasspeicher in der Westukraine haben ein Fassungsvermögen von über 20 Mrd. m³. Europäische Energieunternehmen könnten nun die preisgünstigen ukrainischen Erdgasspeicher nutzen, um strategische Reserven anzulegen. Im Jahr 2020 beliefen sich die entsprechenden Einnahmen von ukrainischen und internationalen Kunden allerdings nur auf etwa 100 Mio. Euro. Hinzu kommt, dass auch die ukrainischen Erdgasspeicher Modernisierungsinvestitionen benötigen, die sich nach Angaben von Naftogaz auf etwa eine halbe Milliarde Euro belaufen.

Über den Autor

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er beschäftigt sich seit den 1990er Jahren mit der Energiewirtschaft. Er ist Mitglied der internationalen Studiengruppe »Energy Materiality: Infrastructure, Spatiality and Power« am Hanse-Wissenschaftskolleg Delmenhorst.

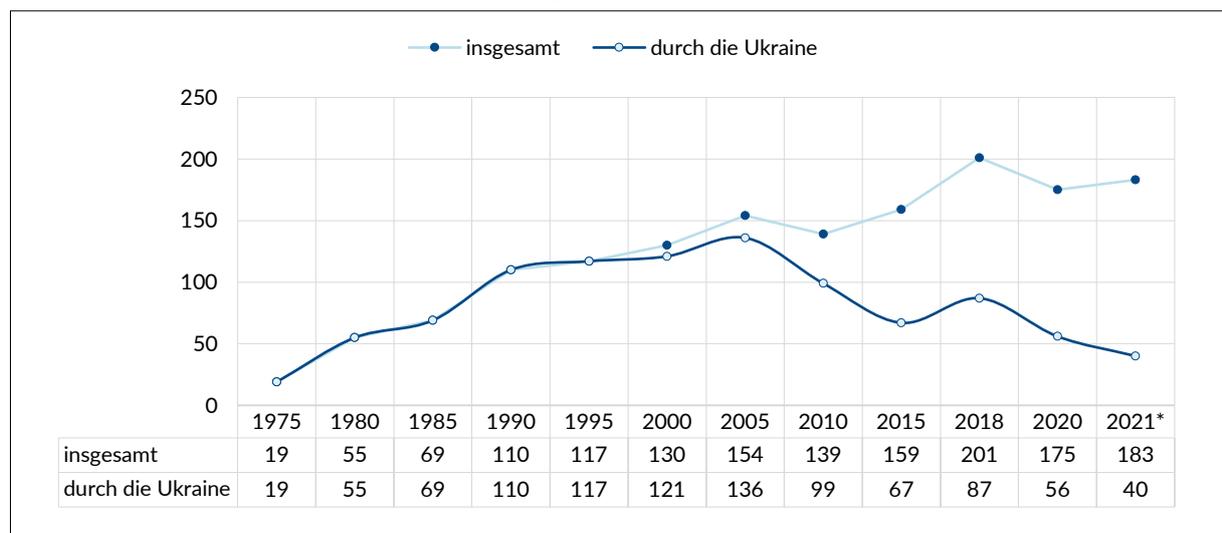
Ausblick

Die vieldiskutierte Förderung erneuerbarer Energien könnte im Erfolgsfall langfristig die ukrainische Abhängigkeit von Erdgas beenden, sichert aber kurzfristig nicht die Energieversorgung des Landes. Der staatliche Energiekonzern Naftogaz hat erhebliche Fortschritte bei der Reform des Erdgasmarktes gemacht. Zweifel an Effizienz und Transparenz haben aber durch die Managementkrise 2021 erneut Nahrung bekommen. Gleichzeitig präsentiert Naftogaz bisher bezüglich der Auslastung von Transit- und Speicherkapazitäten vergleichsweise optimistische Annahmen. Offensichtlich fehlen aber die finanziellen Reserven für eine nachhaltige Modernisierung und einen konsequenten Rückbau des Pipelinenetzes.

STATISTIK

Russische Erdgasexporte und der Erdgastransit durch die Ukraine

Grafik 1: Russische Erdgasexporte nach Europa (einschließlich Türkei, ohne ehemalige Sowjetunion) und Transit durch die Ukraine (in Mrd. m³)



* 2021 Schätzung (insgesamt = Gazprom, durch Ukraine = Transitvertrag)

Quelle: Gas supplies to Europe. Gazpromexport, <http://www.gazpromexport.ru/en/statistics/> & Naftogaz Ukrainy, <http://www.naftogaz-europe.com/>

Tabelle 1: Pipeline-Optionen für russische Erdgasexporte nach Europa

Pipelines	Route	Kapazität 2015 (Mrd. m ³)	Kapazität 2022 (geplant, Mrd. m ³)
Bruderschaft (sowjetisches Pipelinenetz)	Russland-Ukraine-Mitteuropa	100	100
Nordlicht (sowjetisches Pipelinenetz)	Russland-Belarus-Ukraine-Mitteuropa	55	55
Trans-Balkan (sowjetisches Pipelinenetz)	Russland-Ukraine-Balkan-Türkei	28	28
Jamal-Europa (seit 1999)	Russland-Belarus-Polen-Westeuropa	34	34
Blue Stream (seit 2005)	Russland-Schwarzes Meer-Türkei	16	19
Nord Stream (seit 2011)	Russland-Ostsee-Deutschland	55	110
TurkStream (seit 2020)	Russland-Schwarzes Meer-Türkei	-	32
Gesamtkapazität		288	378
davon durch Ukraine		183	183
davon ohne Ukraine		105	195

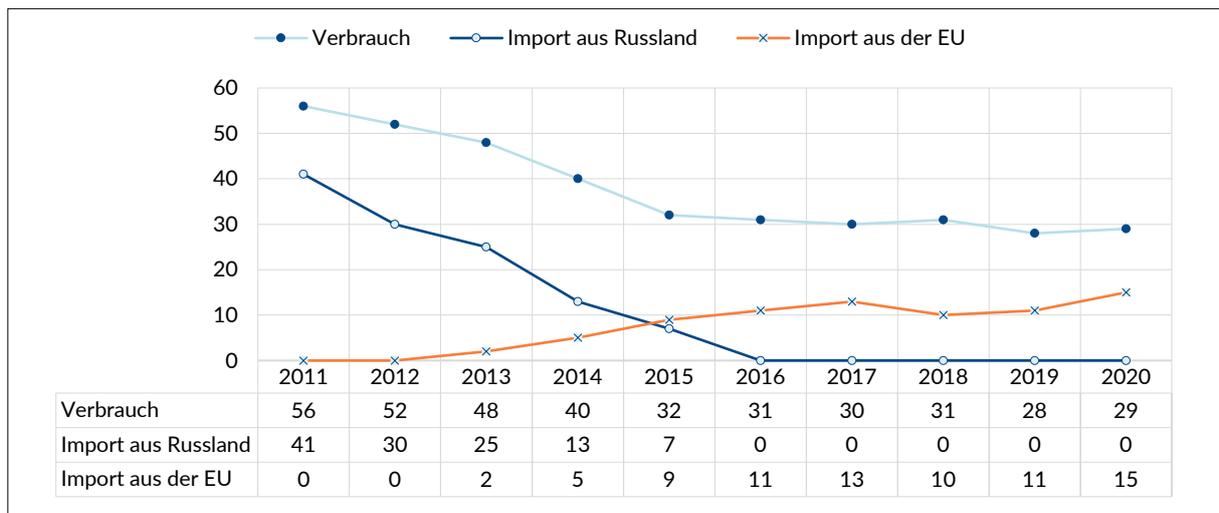
Quelle: eigene Zusammenstellung (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Tabelle 2: Erdgastransit durch die Ukraine 2015–21. Einnahmen und ausgewiesener Gewinn

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021*	Trend
Menge (in Mrd. m ³)	67	82	94	87	90	56	40**	
Einnahmen (in Mrd. UAH)	40,3	60	73,9	72,3	70,2	46,7	24,6***	
Einnahmen (in Mrd. Euro)	1,7	2,1	2,5	2,3	2,4	1,5	1,0***	
Gewinn (in Mrd. UAH)	20,4	24,6	14,5	36,5	33,5	1,1	0,5***	
Gewinn (in Mrd. Euro)	0,8	0,9	0,5	1,1	1,2	0,04	0,01***	

* Schätzungen, ** Vertraglich vorgesehene Mindestmenge, *** Hochrechnung aufgrund des Ergebnisses für das erste Halbjahr

Quelle: Unternehmensangaben und Finanzberichte von Naftogaz Ukrainy (<http://www.naftogaz-europe.com/> bzw. <https://www.naftogaz.com/>), Umrechnung in Euro zum offiziellen durchschnittlichen Wechselkurs der Nationalbank der Ukraine.

Grafik 2: Gasverbrauch und Gasimport der Ukraine 2011–2020 (in Mrd. m³)

Anmerkung: Die Differenz zwischen Verbrauch und Importen wird durch eigene Produktion bzw. in einzelnen Jahren durch Entnahmen aus Gasspeichern gedeckt.

Quelle: BP Statistical Review of World Energy, 2021, <https://www.bp.com/en/global/corporate/energy-economics/statistical-review-of-world-energy.html>

Die Anbindung der Ukraine an Europas Stromsystem. Zwischen technischen Details und harter Geopolitik

Lukas Feldhaus (Berlin Economics, Berlin), Kirsten Westphal (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin), Georg Zachmann (Bruegel, Brüssel)

DOI: 10.31205/UA.258.02

Zusammenfassung

Die Anbindung der Ukraine an das kontinentaleuropäische Stromnetz und den EU-Strommarkt steht auf der politischen Agenda. Die nötigen Stromverbindungen herzustellen ist jedoch technisch kompliziert und erfordert darüber hinaus tiefgreifende Reformen im ukrainischen Stromsektor. Aber nicht nur die Ukraine ist in der Bringschuld, auch die EU und ihre Mitgliedstaaten werden weitreichende geopolitische Entscheidungen von großer Tragweite treffen müssen. Für das Vorhaben bedarf es eines politisch abgestimmten Fahrplans, der klare Kriterien und Konditionen für ein gemeinsames Stromnetz definiert.

Die Bedeutung von Strom nimmt zu

In der gemeinsam mit den USA abgegebenen Erklärung zur Unterstützung der Ukraine (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/gemeinsame-erklarung-usa-und-deutschland/2472074>), der europäischen Energiesicherheit und der gemeinsamen Klimaziele vom 21. Juli 2021 verpflichtet sich Deutschland politisch, die Ukraine in Gasbelangen zu unterstützen, um die Folgen von Nord Stream 2 abzufedern. Darüber hinaus will Berlin auch längerfristig den Umbau des ukrainischen Energiesystems und dessen Integration in einen gemeinsamen Energieraum fördern und vorantreiben.

Die deutsch-amerikanische Erklärung setzt folglich die Anbindung der Ukraine an den europäischen Energiemarkt sehr hoch auf die politische Agenda Berlins, mittelbar aber auch Brüssels. Dass es energiepolitische Themen gibt, die über die alles dominierende Gasfrage hinausgehen, wird klar benannt.

Damit wird dem Strom in der Energie- ebenso wie in der Außen- und Sicherheitspolitik eine immer größere Rolle zukommen. Die Energietransformation erfordert eine zunehmende Elektrifizierung. Die EU-Nachfrage nach Strom könnte bis 2050 um 40 Prozent steigen. Das entspricht in absoluten Zahlen einem Zuwachs von ungefähr 1.100 Terawattstunden (TWh), also etwa das Zweifache des deutschen Stromverbrauchs. Mit der Umsetzung des Green Deal wird der massive Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien verbunden sein. In der EU mangelt es jedoch an günstigen Standorten und sozialer Akzeptanz für den Ausbau zum Beispiel von Onshore-Windenergieanlagen. Folglich wird die EU auf Importe von grünen und klimaneutralen Elektronen und/oder Molekülen angewiesen sein. In diesem Kontext ist auch die Stromanbindung der Ukraine an das synchrone kontinentaleuropäische Netz zu sehen.

Große politische Worte, kleine konkrete Schritte

Die Synchronisierung der Stromnetze steht schon länger auf der Agenda. Die Verhandlungen darüber begannen nach dem ersten Memorandum of Understanding (MoU, (https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/mou_strategic_energy_partnership_en.pdf)) zwischen der EU und der Ukraine über die Zusammenarbeit im Energiebereich, das 2005 unterzeichnet und 2016 erneut bestätigt wurde. Das MoU zielt auf eine »vollständige Integration« der Energiemärkte der EU und Ukraine ab.

Außerdem ist die Ukraine seit 2011 Mitglied der europäischen Energiegemeinschaft. Als solches ist sie verpflichtet, die energierelevanten Teile des EU-Rechts sukzessive zu übernehmen. Dahinter steht auch das Vorhaben, die Energiemärkte zusammenwachsen zu lassen.

Der im Strombereich angestoßene Prozess hat Auswirkungen auf alle Nachbarländer: Zum einen würde eine Synchronisierung mit dem europäischen Kontinentalnetz Maßnahmen auf EU-Seite erfordern, zum anderen müsste sich die Ukraine vom postsowjetischen IPS/UPS (*Integrated Power System/Unified Power System*) abkoppeln, konkret von Russland und Belarus. Nicht zuletzt stünde damit auch für Moldau – mit Transnistrien – aufgrund seiner geographischen Lage fast zwangsläufig ein Wechsel vom IPS/UPS zum Kontinentalnetz an.

Im Juni 2017 unterzeichneten die Netzbetreiber der Ukraine (*Ukrenergo*) und Moldaus (*Moldelectrica*) mit dem Verband der europäischen Stromnetzbetreiber (ENTSO-E) eine entsprechende Vereinbarung über die künftige Stromanbindung. Darin werden die technischen Schritte definiert, die erfolgen müssen, um die laut *Ukrenergo* für 2023 geplante Synchronisierung mit dem Kontinentalnetz operativ vollziehen zu können.

Auch wenn mit der Vereinbarung zunächst einmal auf technischer Ebene ein Prozess angestoßen wurde,

sind damit nicht automatisch die Weichen für eine Synchronisierung und Marktintegration gestellt.

Beweggründe für die Anbindung an das europäische Netz

Der Anschluss des ukrainischen Netzes an das europäische Verbundsystem von ENTSO-E ist auch Thema auf höchster politischer Ebene. So warb der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal bei Kanzlerin Merksels letzten Besuch in Kyjiw im August 2021 für die Synchronisierung des Ukraine-Netzes mit dem kontinentaleuropäischen Netz.

Die Synchronisierung ist die weitestgehende Form der Anbindung, da die Netze nicht nur miteinander verbunden, sondern als ein gemeinsames System mit gleichlaufender Phasenfolge betrieben werden. Das mehr einerseits die Möglichkeiten, zur gegenseitigen Unterstützung einzuspringen, andererseits wächst aber auch das Ansteckungspotenzial bei Problemen.

Die Ukraine drängt auf eine Verbindung bis 2023 und will sich dafür schon im Winter 2021/22 vom russischen IPS lösen. Zunächst will man das ukrainische Stromnetz im Inselmodus betreiben, es also, von allen Nachbarn abgekapselt, selbst steuern und ausbalancieren. Erst nach einigen Testläufen soll es dann mit dem kontinentaleuropäischen Netz synchronisiert werden.

Die Synchronisierung wird seitens der Ukraine vor allem aus vier Gründen vorangetrieben: Erstens würde das die Energiesicherheit der Ukraine verbessern: Das ukrainische Stromnetz ist – selbst wenn kein Stromhandel zwischen beiden Ländern stattfindet – technisch von der Frequenzhaltung abhängig, die vom russischen Netzbetreiber organisiert wird. Langfristig würde die Anbindung an das kontinentaleuropäische Netz Moskau die Möglichkeit entziehen, diese Abhängigkeit zu nutzen, um in der Ukraine politisch Einfluss zu nehmen.

Zweitens könnte die Ukraine von geringeren Stromgestehungskosten profitieren: Die Anbindung an Kontinentaleuropa würde ausländischen Stromanbietern Zugang zum ukrainischen Strommarkt ermöglichen. Der damit einhergehende Wettbewerbsdruck würde die Voraussetzungen schaffen für eine wettbewerbliche Preisbildung auf dem momentan stark konzentrierten und überregulierten ukrainischen Strommarkt. Ein liquider ostmitteleuropäischer Strommarkt würde nicht nur das System von Monopolpreisen aufbrechen, sondern auch längerfristig marktbasierende Investitionssignale senden. Außerdem würde die Anbindung Strompreiseffekte dämpfen, die mit dem ukrainischen Kohleausstieg verbunden wären. Wenn billigere Importe aus der EU zu bestimmten Zeiten Strom aus ukrainischen Kohlekraftwerken ersetzen, könnten die Strompreiseffekte dieser (auch von der EU gewünschten) Maßnahmen

auf ein politisch akzeptables Maß reduziert werden, wie eine Studie von Low Carbon Ukraine (<https://www.lowcarbonukraine.com/en/synchronising-ukraines-and-europes-electricity-grids/>) ergeben hat. Allerdings würden die Strompreise in den Nachbarländern zu diesen Zeiten ebenfalls leicht steigen.

Drittens könnte die Anbindung auch direkt den Rückgang von Treibhausgasemissionen fördern – falls die Ukraine gleichzeitig eine nennenswerte CO₂-Steuer einführt. Dann nämlich könnte die Synchronisierung die CO₂-Emissionen aus Kohle- und Gaskraftwerken in Osteuropa (Polen, Rumänien, Slowakei, Ungarn und Ukraine) jährlich um fast ein Fünftel senken. Das entspricht etwa 14 Megatonnen CO₂ oder rund 2 Prozent der jährlichen deutschen Emissionen.

Viertens wünscht sich die Ukraine allgemein eine engere Anbindung an die EU: Die Synchronisierung der Stromsysteme und die dadurch mögliche Integration der Strommärkte würden eine zusätzliche, schwer aufzulösende wirtschaftliche, aber auch institutionelle Verflechtung der EU und Ukraine mit sich bringen.

Der Anspruch der EU-Kommission, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen, ist auch aus Sicht der EU ein starkes Argument für eine Synchronisierung und weitreichende Integration. Die Ukraine könnte eines der Schlüsselländer auch für die deutsche Wirtschaft werden, die von Energieimporten abhängig ist. Wind, Sonne, Biomasse, Wasser und ausgedehnte Flächen sind reichlich vorhanden, was die Ukraine zur attraktiven Quelle für grünen Strom und Wasserstoff macht.

Das theoretische Potenzial ist groß, das ukrainische Stromsystem momentan jedoch kaum in der Lage, genug Strom für den eigenen Bedarf zu generieren. Das Investitionsniveau ist niedrig, der Strommarkt von Oligopolen und politischer Einflussnahme geprägt. Das Land kommt folglich nur dann als Stromexporteur und Energielieferant für Deutschland in Frage, wenn es seine Erneuerbaren-Kapazität rasch ausbaut, der ukrainische Markt durch europäische Regulierung und Nachfrage an Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit gewinnt.

Große Herausforderungen

Technische Hürden

Die technischen Hürden für eine Anbindung sind hoch, für die Vorbereitung des ukrainischen Netzes gilt ein komplexes Regelwerk. Die technischen Maßgaben und Anforderungen definiert die europäische Vereinigung der Netzbetreiber (ENTSO-E). Bevor die Ukraine sich mit Kontinentaleuropa synchronisieren kann, müssen alle 42 ENTSO-E-Mitglieder zustimmen, konkret sind das die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) der Mitgliedsländer. Die Vereinigung trifft ihre Entscheidung anhand technischer Parameter, wobei es im Kern darum

geht, einen gesicherten Stromfluss durch gut gewartete und verwaltete Stromsysteme sicherzustellen.

Eine besondere Rolle haben dabei die direkten Nachbar-ÜNBs in der Slowakei, Ungarn, Polen und Rumänien, die entweder selbst noch Anpassungen in ihrem Netz vornehmen müssen und/oder Auswirkungen direkt in den Stromflüssen spüren werden. Schon jetzt mit diesen Ländern verbunden und synchronisiert ist die ukrainische Strominsel »Burschtyn« im Westen der Ukraine (siehe Karte 1, S. 12). Dank der dort schon bestehenden Verbindung mit ENTSO-E hat die Ukraine bereits etwas Erfahrung damit, was es heißt, sich mit einem anderen Netz zu synchronisieren. Für eine erfolgreiche Synchronisierung mit dem europäischen Stromnetz braucht die Ukraine ausreichende transnationale Leitungen.

Ein Projekt des ukrainischen Kernkraftwerkebetreibers Energoatom ist »Energomost« (<https://www.neimagazine.com/news/newsenergoatom-stresses-importance-of-ukraine-eu-energy-bridge-8402531>), eine Energiebrücke, die das Kernkraftwerk Chmelnyzkyj 2 mit Polen über eine nach Rzeszów führende 750 Kilovolt-Leitung verbinden soll. Das ist aber von der polnischen Regierung nicht erwünscht. Andere wichtige Leitungen sind noch im Bau (nach Rumänien) oder könnten über Burschtyn in die Nachbarländer verlängert werden. Zudem baut die Ukraine neue Leitungen im Land selbst mit dem Ziel, die Entkopplung von Russland und Belarus vorzubereiten.

Technisch muss die Ukraine nach dem Regelwerk der ENTSO-E eine Reihe von Maßnahmen umsetzen:

An erster Stelle steht die *Netzstabilität*: Eine der größten praktischen Herausforderungen ist die Fähigkeit, Stromnachfrage und -angebot aufeinander abzustimmen. Ist zu viel oder zu wenig Strom im Netz, läuft es Gefahr, zusammenzubrechen. Sind die Netze gekoppelt, kann ein Stromausfall etwa in der Ukraine auf andere Teile Europas übergreifen. Die Ukraine erneuert daher ihr Übertragungsnetz und dessen Steuerung.

Bei allen Verbesserungen, die die Ukraine schon aus eigener Kraft erreicht hat, würde das Land sehr von internationaler Unterstützung profitieren. Insbesondere Deutschland hat Erfahrung mit der Anbindung neuer Netze (etwa der Verbindung von Ost- und Westdeutschland, aber auch der Anbindung der östlichen Nachbarn) und mit der Integration hoher Anteile volatiler Wind- und Solaranlagen in ein Stromsystem, das von alten Kohle- und Kernkraftwerken geprägt ist.

Theoretisch ließe sich die Ukraine auch über Gleichstrom-Kurzkopplung (*back-to-back*, *B2B*) an das kontinentaleuropäische Netz anbinden. So könnte Strom über die Grenzen fließen, ohne dass eine Synchronisierung notwendig wäre. Das würde auch das Risiko deut-

lich reduzieren, dass Probleme im ukrainischen Stromnetz Ausfälle in Mitteleuropa zur Folge haben. Eine »back-to-back«-Kopplung ließe sich auch besser steuern. Allerdings würde jede künftige Ausweitung der grenzüberschreitenden Kapazität wieder hohe Investitionen in Kurzkopplungen erfordern. Solche Kopplungen würden dabei die Netzstabilität in der Ukraine kaum verbessern. Sie wären außerdem eine Minimallösung und würden insofern ein schwaches Signal im Hinblick auf engere Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU setzen.

Regulierung und Markt

Der ukrainische Strommarkt ist noch nicht in der Lage, mit dem europäischen zu interagieren. Dem stehen als erste Hürde Preisbildung und Marktmonopole entgegen. Der Strommarkt ist hoch reguliert, da es Preisobergrenzen gibt. Außerdem sind die Netzbetreiber zu Stromlieferungen an öffentliche Einrichtungen und an private Haushalte verpflichtet. Die mit der Vergünstigung verbundenen Kosten tragen die staatlichen Strommarkt-, Stromnetz- und Kraftwerksbetreiber. Zum anderen dominieren einzelne Oligarchen den Markt. Neben dem generellen Risiko-Aufschlag auf Kapitalkosten in der Ukraine erschweren die fixen Preise und die Marktkonzentration Investitionen in neue Energieträger.

Zweitens fehlt es an Institutionen und Rechtsrahmen. Auch wegen mangelnder Rechtssicherheit ist der ukrainische Stromsektor noch nicht gerüstet für einen automatischen, kurzfristigen grenzüberschreitenden Stromhandel (*»Market Coupling«*), wie er in der EU eingeführt wird, um die bestehenden Systeme optimal zu nutzen.

Die Ukraine braucht außerdem entweder ein eigenes CO₂-Preissystem, das sich mittelfristig an das EU-ETS anschließen lässt, oder zumindest ein in der EU akzeptiertes System für die Zertifizierung grüner Energie. Um sicherzustellen, dass auch wirklich CO₂-neutrale Energie in Deutschland ankommt, müssen Herkunftsnahe sowie ein Monitoring-, Reporting- und Verifizierungsmechanismus eingeführt werden.

Das von Unsicherheit geprägte ukrainische Investitionsklima würde von der Anbindung an Kontinentaleuropa nur dann profitieren, wenn ausländische Akteure im Land sicher und rechtlich geschützt operieren können. Dafür braucht es klare, faire und langfristig geltende Regeln, die auch konsequent durchgesetzt werden. Die EU kann helfen, die mangelnde Selbstbindungsfähigkeit der ukrainischen Energiepolitik zu mildern, indem sie bestimmte Zugeständnisse (finanzieller und regulatorischer Art) daran knüpft, dass sich die Ukraine an die vereinbarten Strommarktregeln hält.

(Geo)politische Hürden

Die Liste der erläuterten Herausforderungen im technisch-operativen sowie im rechtlich-regulatorischen Bereich ist recht lang. Darüber hinaus müssen beide Seiten auch die Implikationen einer technischen Anbindung der Ukraine an das europäische Kontinentalnetz ab- und einschätzen. Denn eine synchrone Anbindung hätte nicht zu vernachlässigende Rückwirkungen auf die Nachbarstaaten und damit auch auf die Versorgungssicherheit und die Sicherheitslage in der EU.

Eine Abkopplung der Ukraine vom *Integrated* und vom *Unified Power System (IPS/UPS)* zwingt Russland und Belarus notwendigerweise zu technisch-operativen Anpassungsmaßnahmen und ist mit finanziellen Kosten verbunden. Zudem erweitert die synchrone Anbindung an das Kontinentalnetz von ENTSO-E den Einflussraum der EU und verkleinert denjenigen Russlands. Das könnte zu Gegenreaktionen von Seiten Russlands führen.

Hier ist die Ukraine aufgerufen, Konfliktpotenzial zumindest durch frühzeitige technische Abstimmung einzuhegen, indem sie über die Auswirkungen mit ihren Nachbarländern spricht und idealerweise über einen parallelen Abkopplungsfahrplan verhandelt. Angesichts der schwierigen und komplexen geopolitischen Lage, die nach der Annexion der Krim und der militärischen Destabilisierung der Ostukraine entstanden ist, scheint ein solch kooperatives Herangehen der Ukraine illusorisch.

Eine Verschärfung des Konflikts würde für die Ukraine gerade im Winter problematisch werden. Die Strom- und Wärmeproduktion des Landes ist von russischen Nuklearbrennstäben ebenso abhängig wie von regelmäßigen Kohle- und Gaslieferungen aus Russland (siehe Karte 1 auf S. 12).

Mitte November 2021 zeichnet sich eine besonders prekäre Situation ab: Knappe Kohle- und Gasspeicherstände könnten es Russland ermöglichen, die Energieversorgungssicherheit der Ukraine auf eine ernste Probe zu stellen, indem es nur geringe Mengen Gas liefert. Das hat in der Ukraine bereits zu Diskussionen über eine Wiederaufnahme von Stromimporten aus Belarus geführt.

Zu diesen aktuellen und unmittelbaren Energiesicherheitsfragen kommen harte Sicherheitsthemen hinzu. Die Ukraine war in den letzten Jahren wiederholt hybriden Angriffen auf Teile ihres Stromnetzes ausgesetzt. Es ist schwierig, die Cyber-Attacks einem staatlichen Verursacher zuzuordnen. In jedem Fall kann aber als gesichert gelten, dass russische Hacker über entsprechende Fähigkeiten verfügen und dass Russland genaue Kenntnisse von der Funktionsweise des ukrainischen Stromnetzes hat.

Gleiches gilt für Moldau. Hier war das Gaskraftwerk Kutschurgan in Transnistrien Gegenstand eines Streits mit Moskau. Diese Großanlage erzeugt 80 Prozent des Strombedarfs von Moldau. Würde diese Anlage ausfallen, oder auch das ukrainische Kernkraftwerk in Saporischschja mit einer Gesamtkapazität von sechs Gigawatt, bräche stabile Grundlast weg, mit hohem Ansteckungspotenzial für das gesamte synchrone Netz.

Dass Geopolitik und Energienetze zum strategischen Instrumentenkasten des Kremls gehören, zeigt die Tatsache, dass die Krim nach der Annexion zügig mittels neuer Stromleitungen über die Brücke von Kertsch versorgt wurde. Auch die besetzten Gebiete in der Ostukraine sind de facto Teil des russischen Stromnetzes und bereits vom ukrainischen Netz abgekoppelt.

Tragweite und Konsequenzen

Als Kompensation für die Zurückhaltung der USA, Sanktionen gegen Nord Stream 2 zu verhängen, hat sich Deutschland gegenüber Washington bereit erklärt, die Ukraine zu unterstützen. Die USA und die Ukraine haben die Integration der Ukraine ins europäische Netz in ihrer Charta über strategische Partnerschaft (<https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/>) erwähnt. Auch die EU sieht darin eine Priorität.

Selbst wenn ENTSO-E sich mit den noch verbleibenden technisch-operativen Herausforderungen beschäftigen muss, sollten sie wegen ihrer politischen Tragweite nicht allein einem solchen technischen Gremium überlassen werden. Synchrone Stromverbünde sind »Strom-Solidar- und Schicksalsgemeinschaften« (<https://www.swp-berlin.org/publikation/geopolitik-des-stroms-netz-raum-und-macht>), in denen sich alle Beteiligten Vorteile und Risiken teilen. Das setzt ein hohes Maß an Vertrauen sowohl in einen zuverlässigen technischen Betrieb als auch in Zukunft weitgehend verlässliche Kooperation voraus. Denn Stromnetze werden auf drei Ebenen gesteuert: a) auf technisch-operativer und infrastruktureller Ebene, b) auf politisch-regulatorischer Ebene sowie c) auf Handels- und Marktebene.

Anders als die Baltischen Staaten, mit denen derzeit ebenfalls ein Synchronisierungsprozess läuft, gehört die Ukraine ebenso wenig zur EU wie Moldau, und sie wird auch auf absehbare Zeit kein Mitglied werden. Dank der starken und wohldefinierten Institutionen der EU haben alle EU-Mitgliedstaaten weitgehend ebenbürtige Kontrolle über das Stromsystem. Als Nicht-EU-Mitglieder sind die Ukraine und Moldau davon größtenteils ausgeschlossen.

Im Fall einer Synchronisierung des Ukraine-Netzes mit dem Kontinentalnetz müsste das Land aber auch auf den nichttechnischen Governance-Ebenen mehr einbezogen werden. Strommarktintegration bedeutet,

Interkonnektivität nicht nur physisch, sondern auch handelsseitig darzustellen. Die Energiegemeinschaft ist das Instrument gewesen, um die physische und marktseitige Integration voranzubringen. Doch der gemeinsame Rechtsbestand und die Netzwerkcodes, also die Regeln für den Netzbetrieb, sind immer ausgefeilter geworden. Damit werden auch die Hürden für die Integration höher. Für das technisch-operative Funktionieren des Stromsystems gilt die Devise »*Rules before Joules*«: Zuerst die Regeln umsetzen, dann die Leitungen in Betrieb nehmen. Für die Integration der Märkte gilt dies ebenso.

Schlussfolgerungen

Spätestens mit der gemeinsamen deutsch-amerikanischen Erklärung hat Deutschland eine Schlüsselposition bei der Anbindung der Ukraine eingenommen. Wegen der Tragweite dieses Vorhabens wird die neue Bundesregierung aber im Einvernehmen mit Brüssel und den anderen Mitgliedsländern agieren und auf einen Konsens hinwirken müssen.

Theoretisch bestehen drei Handlungsoptionen für Berlin, Brüssel und Kyjiw:

- Einzig den technischen Prozess laufen lassen. Wenn es keine klare politische Führung gibt, wäre zu erwarten, dass dieser Prozess – obwohl sich niemand offen gegen die Synchronisierung positionieren muss – keinen Abschluss finden wird. Das würde die Ukraine in eine schwierige Lage mit Blick auf Investitionen in grüne Energien bringen. Das verstieße nicht nur gegen die deutsch-amerikanische Erklärung, sondern würde auch die EU dem geopolitischen Ziel nicht näherbringen, den Kontinent klimaneutral werden zu lassen.
- Sich auf eine Gleichstromkurzkupplung (B2B) beschränken. Das würde die Ukraine quasi im Insel-

modus belassen und wäre langfristig wohl auch mit höheren Kosten verbunden.

- Einen klaren Fahrplan definieren, mit politischer Unterstützung für die technischen und politischen Prozesse. Konkret würde darin festgelegt, welche Regeln gelten, welche Leitungen gebaut und welche Investitionen getätigt werden sollten. Auf diese Weise ließen sich technische Risiken bearbeiten und politische Kosten kalkulieren. Das wäre Voraussetzung für eine nachhaltige Lösung.

Die EU muss eine politische Entscheidung treffen, welche weitergehenden Reform- und Integrationsschritte die Ukraine politisch-regulatorisch sowie handels- und marktseitig zu vollziehen hat. Den Entscheidungsprozess müsste Berlin moderieren und vorbereiten. Je nach Umsetzung wird die Ukraine entweder das Vertrauen schaffen, dass sie sich der EU nachhaltig anschließen will, oder künftige Verwerfungen und Desintegrationstendenzen erwarten lassen (z. B. bei Regierungswechseln in der Ukraine). Eine Synchronisierung lässt sich jedenfalls nicht einfach rückgängig machen.

Dabei gilt es zwei künftige Streitfragen im Blick zu behalten: Der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU wird dem freien Handel von Strom Grenzen setzen und die Preise für Stromimporte erhöhen. Außerdem drohen Spannungen mit Belarus und Russland. Im schlimmsten Fall könnte sich die Strom-Integrationskonkurrenz zu einer Stromblock-Konfrontation auswachsen.

Wird die Synchronisierung technisch, ökonomisch und politisch schlecht vorbereitet und übernimmt niemand politische Verantwortung, könnte das zu bösen Überraschungen für beide Seiten führen.

Diese Analyse ist die gekürzte Fassung von:

Lukas Feldhaus/Kirsten Westphal/Georg Zachmann, Die Anbindung der Ukraine an Europas Stromsystem. Zwischen technischen Details und harter Geopolitik, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), November 2021 (SWP-Aktuell 72/2021), doi: 10.18449/2021A72, <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-anbindung-der-ukraine-an-europas-stromsystem>. Die Redaktion der Ukraine-Analysen bedankt sich bei der SWP für die Erlaubnis zur Zweitveröffentlichung.

Über die Autor:innen

Lukas Feldhaus ist Analyst im »Low Carbon Ukraine«-Projekt, Berlin Economics.

Dr. Kirsten Westphal ist Wissenschaftlerin in der SWP-Forschungsgruppe Globale Fragen.

Georg Zachmann ist Senior Fellow Energy & Climate Policy bei Bruegel, Brüssel.

Karte 1: Ukraine – Interkonnektoren und Stromnetz



Quelle: Lukas Feldhaus/Kirsten Westphal/Georg Zachmann, *Die Anbindung der Ukraine an Europas Stromsystem. Zwischen technischen Details und harter Geopolitik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), November 2021 (SWP-Aktuell 72/2021), doi: 10.18449/2021A72, <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-anbindung-der-ukraine-an-europas-stromsystem>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen bedankt sich bei der SWP für die Erlaubnis zur Zweitveröffentlichung der Karte.

Quartalsbericht zur Ukraine: Juli bis September 2021

Andrian Prokip (Kennan Institute, Wilson Center, Washington, D.C./Ukrainian Institute for the Future, Kyjiw)

Zusammenfassung

In den letzten drei Monaten drehte sich die Politik in der Ukraine um die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes, um das erste Gipfeltreffen der Krim-Plattform und um Fragen des Gastransits, die insbesondere durch die Pipeline Nord Stream 2 entstehen. Das Tempo der Corona-Impfungen hat sich etwas verbessert, allerdings nicht genug, um eine neue Welle der Pandemie zu verhindern, die in der Ukraine im September 2021 einsetzte. Die Reformen im Energiesektor erlebten durch die populistische Entscheidung des Kabinetts, die Gaspreise für private Haushalte nicht zu erhöhen, einen Rückschritt. Das bedeutet einen Schlag für den Gasmarkt des Landes. Darüber hinaus hat die Entscheidung Russlands, bei den russischen Dumawahlen Bürger:innen der Ukraine in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten als Wähler:innen zu registrieren, in Kyjiw für Empörung gesorgt. Kyjiw verurteilte daraufhin das Ergebnis der Dumawahlen in Russland als illegitim.

1. Internationale Angelegenheiten

Das Internationale Gipfeltreffen der Krim-Plattform für ein Ende der Besetzung der Halbinsel

Am 23. August fand das erste Gipfeltreffen der Krim-Plattform mit Repräsentant:innen aus 46 Staaten statt. Vertreten waren Staats- und Regierungschef:innen, Minister:innen, Botschafter:innen und Leiter:innen internationaler Organisationen. Präsident Selenskyj hatte das Krimforum im Februar 2021 ins Leben gerufen, um die internationalen Anstrengungen für mehr Druck auf Russland zu koordinieren, damit die Besetzung der Krim beendet wird. Die Teilnehmer:innen des Gipfeltreffens unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, die auch anderen Ländern offensteht. Nach dem Gipfel wurde in Kyjiw ein zentrales Büro der Krim-Plattform eingerichtet. Es soll auf der Halbinsel die Lage in Bezug auf Menschenrechtsfragen, Sicherheitsfragen sowie die Umwelt- und Wirtschaftslage beobachten.

Ende September verabschiedete die ukrainische Regierung einen Aktionsplan zur Umsetzung der Strategie für ein Ende der Besetzung der vorübergehend besetzten Krimhalbinsel. Präsident Selenskyj zufolge enthalte der Plan eine umfassende Roadmap, um die Krim wieder unter die Kontrolle der Ukraine zu bringen.

Entwicklungen rund um die Pipeline Nord Stream 2 und den Gastransit durch die Ukraine

Am 10. September verkündete Gazprom den Abschluss der Bauarbeiten an der Pipeline Nord Stream 2. Der Bau konnte vollendet werden, nachdem das Weiße Haus einige Sanktionen gegen die Betreibergesellschaft, die Nord Stream 2 AG, und deren Geschäftsführer, die im Mai dieses Jahres verhängt worden waren, aussetzte.

Abmachungen zwischen Deutschland und den USA

Bei ihrem Treffen im Juli in Washington erörterten US-Präsident Biden und deutsche Bundeskanzlerin Merkel das Projekt Nord Stream 2 und den Gastransit durch die Ukraine; Ergebnis des Treffens war eine Sondererklärung. Beide Seiten kamen überein, einen Grünen Fonds für die Ukraine zu errichten sowie den Energiewandel, die Energieeffizienz und die Energiesicherheit des Landes zu fördern. Dabei soll die Entwicklung der Energieerzeugung aus Wasserstoff vorangebracht und der Übergang von kohlebasierter Energie zu CO₂-Neutralität beschleunigt werden. Die beiden Länder verpflichteten sich zu Investitionen von mindestens einer Milliarde US-Dollar in den Fonds. Das Übereinkommen legt darüber hinaus fest, dass Deutschland und die Vereinigten Staaten eine starke Reaktion zeigen werden, falls Russland versuchen sollte, seine Energielieferungen als Waffe gegen die Ukraine einzusetzen. Zudem wird die Bundesregierung als wichtiger Akteur im Energiesektor der EU und Osteuropas anerkannt.

Die Position der Ukraine

Aus Sicht der Ukraine besteht das Problem in den Einnahmen von jährlich einer Milliarde US-Dollar für den Gastransit, die die Ukraine von Gazprom aufgrund eines bestehenden, bis 2024 gültigen russisch-ukrainischen Abkommens eingeplant hat. Falls die russischen Gaslieferungen durch die Ukraine wegen Nord Stream 2 zurückgehen, müsste das ukrainische Erdgaspipelinesystem angepasst und modernisiert werden, und zwar zu Kosten, die die Gelder des Grünen Fonds übersteigen. Kyjiw hegt darüber hinaus keine Illusionen hinsichtlich der Bereitschaft Russlands, in hinrei-

chender Menge Gas über die Ukraine in die EU zu liefern, durch die das bisherige Niveau der Einnahmen aufrechterhalten und die Betriebsfähigkeit der Pipeline verbessert werden könnte.

Internationale Reaktionen

Die Regierungen Polens und der Ukraine haben sich wegen möglicher Folgen für die Sicherheitslage, die sich aus einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ergeben können, an die Europäische Kommission gewandt. Die beiden Regierungen forderten die Kommission auf, Konsultationen über die neue Gaspipeline aufzunehmen.

Der litauische Außenminister nannte das Übereinkommen zwischen Deutschland und den USA einen Fehler, der nur dadurch behoben werden könne, wenn der Ukraine von der NATO ein *Membership Action Plan* angeboten bekommt. Dieser Standpunkt wurde in einem Artikel von Dmytro Kuleba, dem ukrainischen Außenminister, in der Zeitschrift *Foreign Affairs* bekräftigt.

Beziehungen zu Deutschland

Deutschland und die Ukraine stehen in einem ständigen Dialog zu Energie- und Sicherheitsfragen. Am 12. Juli stattete Präsident Selenskyj Berlin einen Besuch ab und traf sich mit Bundeskanzlerin Merkel sowie anderen Angehörigen des Bundeskabinetts. Am 22. August besuchte Angela Merkel Kyjiw. Bei beiden Treffen standen Nord Stream 2 und die ungewisse Zukunft des Gastransits durch die Ukraine sowie die Lage an der Front im Donbas im Zentrum der Gespräche. Die Ukraine forderte einen Stopp der Inbetriebnahme der Ostseepipeline, während sich Deutschland auf Mechanismen konzentrierte, mit denen der Gastransit durch die Ukraine gesichert werden könnte, ohne allerdings konkrete Erdgasmengen zu nennen. Die Ukraine verlangte mehr Klarheit bei diesen Fragen, und die beiden Seiten konnten bisher noch keine Einigkeit über weitere Schritte erzielen. Präsident Selenskyj versucht derzeit zu erreichen, dass die Energiefrage bei den Gesprächen im Normandie-Format Thema werden.

Neues Niveau der Spannungen mit Ungarn: Der Gastransit

Ende September verkündete die ungarische Regierung die Unterzeichnung eines Abkommens mit Gazprom, durch das Ungarn für die nächsten 15 Jahre mit Gas aus der Pipeline *Turkish Stream* versorgt werden würde, und nicht mehr aus der ukrainischen Pipeline. Angesichts des Umstandes, dass die Zukunft des ukrainischen Pipelinesystems für den Erdgastransit durch eine volle Inbetriebnahme von Nord Stream 2 unklar ist, betrachtete Kyjiw diesen Schritt als politisch motiviert und von der russischen Regierung betrieben, weil Moskau weiterhin die ukrainischen Interessen zu untergraben versuche. Als Reaktion auf Ungarns Verlautbarung sagte Kyjiw ein anstehendes Treffen eines gemeinsamen Handelskomitees mit Vertreter:innen Ungarns ab.

Durch diese Entwicklungen erreichten die ukrainisch-ungarischen Beziehungen, die sich in der Vergangenheit stetig verschlechtert hatten, einen neuen Tiefpunkt.

Selenskyjs Besuch in den Vereinigten Staaten

Ende August stattete Präsident Selenskyj Washington einen Besuch ab (nachdem dieser zuvor mehrfach verschoben worden war) und traf sich mit Präsident Biden wie auch mit einer Anzahl US-amerikanischer Politiker:innen, Offizieller und Geschäftsleute. Die Vereinigten Staaten bekräftigten ihre Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine und deren europäische Integration. Die USA bekräftigten darüber hinaus in einer eigenen Erklärung die strategische Partnerschaft zwischen den beiden Ländern und verkündeten, dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten stärker seien als jemals zuvor. Die USA wollen dieses Jahr für die Ukraine 463 Millionen US-Dollar an Geldern bereitstellen, um Programme zur Förderung von Demokratie, Menschenrechten, lokaler Selbstverwaltung und Dezentralisierung, Privatisierung und die Justizreform zu unterstützen. Ein weiteres Hilfspaket von 60 Millionen US-Dollar wurde geschnürt, um den Sicherheitssektor in der Ukraine zu unterstützen.

Während des Besuchs unterzeichneten Vertreter:innen des US-amerikanischen und des ukrainischen Verteidigungsministeriums einen Strategischen Verteidigungsrahmen, der auf eine Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich abzielt.

Darüber hinaus unterschrieb das ukrainische Staatsunternehmen *Energoatom* mit dem Konzern *Westinghouse* ein Memorandum über den Bau neuer Kernreaktoren in ukrainischen Atomkraftwerken. Dieses Übereinkommen würde es der Ukraine erleichtern, die Ziele der CO₂-Reduzierung zu erreichen. Sowohl die Laufzeit als auch die Kosten des Projekts und die Finanzierungsquellen bleiben bislang unklar.

Ukrainisch-russische Beziehungen

Im Juli veröffentlichte der russische Präsident Putin einen Artikel, der eine historische Zusammengehörigkeit von Ukrainer:innen und Russ:innen als Nation behauptete. Interessanterweise wurde der Artikel mit seiner manipulati-

ven Logik zu einer Pflichtlektüre für die russischen Streitkräfte. Aus Meinungsumfragen geht unterdessen hervor, dass sich Ukrainer:innen nicht als Teil einer gemeinsamen Nation mit Russ:innen betrachten.

Im August erweiterte die russische Regierung die Liste der Ukrainer:innen, die mit Sanktionen belegt werden, um 73 Personen. Darunter sind Abgeordnete des Parlaments, der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba, der Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates, Oleksij Danilow, und die die ukrainische Menschenrechtsbeauftragte Ljudmila Denisowa.

2. Innenpolitik

Am 24. August beging die Ukraine den dreißigsten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit. Meinungsumfragen zufolge hegen die meisten Ukrainer:innen keine Nostalgie für die Sowjetunion, und über die Hälfte der Einwohner:innen des Landes befürworten eine Integration mit der EU.

Vor 30 Jahren hatten die Menschen andere Erwartungen und Ziele für die Zukunft. Nicht alle wurden umgesetzt, wie ein Beitrag von Michail Minakow für den Ukraine-Blog des Kennan-Instituts über die postkommunistische Transformation herausarbeitet (<https://www.wilsoncenter.org/blog-post/three-decades-ukraines-independence>). Mehr noch: Ungeachtet dreier Jahrzehnte Unabhängigkeit ist die Ukraine wegen der Energielieferungen immer noch von Russland abhängig. Für eine volle Unabhängigkeit von Russland ist jedoch eine Eigenständigkeit im Energiebereich unabdingbar.

Gesetz über Oligarch:innen

Am 23. September verabschiedete die Werchowna Rada ein Gesetz, das den Einfluss von Personen begrenzen soll, die vom Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine als Oligarch:innen eingestuft werden. Das Gesetz schränkt das Recht der so definierten Oligarch:innen ein, politische Parteien und Politiker:innen finanziell zu unterstützen, Wahlkampf zu betreiben oder sich an Demonstrationen oder Protestaktionen zu beteiligen. Laut dem Gesetz kann eine Person als Oligarch:in eingestuft werden, wenn drei der folgenden vier Kriterien erfüllt sind: 1) Politisches Engagement, 2) erheblicher Einfluss auf Medien, 3) Besitz eines Unternehmens mit Monopolstellung, oder 4) Besitz eines Vermögens von über 2,379 Milliarden Hrywnja (ca. 90 Millionen US-Dollar).

Viele haben allerdings den Verdacht, dass das Gesetz wenig Wirkung zeigen wird. Diese Zweifel wurden durch den Umstand bekräftigt, dass das Gesetz von mehreren Abgeordnetengruppen unterstützt wurde, die mit Ihor Kolomoj-skyj und anderen Oligarch:innen in Verbindung gebracht werden. Das Gesetz wurde der Europäischen Kommission für Demokratie durch Recht, der Venedig-Kommission, zur Prüfung vorgelegt, ist aber verabschiedet worden, ohne eine Stellungnahme der Kommission abzuwarten.

Anschlag auf Selenskyjs Berater

Am 22. September feuerten Unbekannte zwanzig Schüsse auf das Auto von Serhij Schefir, dem wichtigsten Berater und Geschäftspartner von Präsident Selenskyj. Schefir blieb bei dem Anschlag unverseht, sein Fahrer wurde aber schwer verletzt. Die Polizei ermittelt zu dem Vorfall wegen eines versuchten politisch motivierten Anschlags.

Weiteres Stühlerücken in der Regierung

Mitte Juli trat der langjährige Innenminister der Ukraine, Arsen Awakow, zurück. Awakow war der dienstälteste Minister der Ukraine, der diesen Posten seit dem Abschluss der Revolution der Würde im Februar 2014 innehatte. Er hatte unter vier Ministerpräsidenten und zwei Präsidenten im Kabinett gedient und galt als einer der einflussreichsten Vertreter:innen des Staatsapparates. Sein Rücktritt wurde aller Wahrscheinlichkeit nach von Präsident Selenskyj initiiert. Viele Aktivist:innen der Zivilgesellschaft waren mit Awakow unzufrieden und hielten ihn für unfähig, die Polizei zu reformieren.

Corona-Pandemie in der Ukraine

Im Spätsommer setzte eine neue Welle der Corona-Pandemie ein. Am 30. September wies die Ukraine die zweithöchste Zahl an Coronatoten in Europa auf. Weltweit lag das Land an elfter Stelle. Ende September waren rund 14 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft, weitere 3 Prozent hatten eine Erstimpfung erhalten.

Der Präsident und das Verfassungsgericht

Präsident Selenskyj hat seine Auseinandersetzung mit dem Verfassungsgericht der Ukraine fortgeführt, wobei er den Rücktritt einiger Verfassungsrichter:innen forderte, die der Korruption verdächtigt werden. Im Juli hatte der Oberste Gerichtshof der Ukraine befunden, dass Selenskyjs Entscheidung über die Entlassung von zwei Verfassungsrichter:innen rechtswidrig war. Vertreter:innen des Präsidialamts legten gegen diesen Beschluss Beschwerde ein. Das Verfassungsgericht ist unterdessen nicht beschlussfähig.

Energiepreise für Privathaushalte

Im August verabschiedete das Parlament einen Beschluss, durch den die Strompreise für Privathaushalte, die vorher schon bei weitem nicht die Kosten der Stromerzeugung gedeckt hatten, weiter gesenkt wurden. Diese Maßnahme bedeutete für die Marktreflexionen im Energiesektor einen Rückschritt. Diese sind jedoch vonnöten, wenn die Ukraine in Energiefragen von Russland unabhängig und sich in der Energiepolitik der EU annähern will. Es widerspricht auch dem Ziel Kyjiws, die Praxis der Quersubventionierung zu beenden. Das Kabinett unterzeichnete ein Memorandum mit den Regionalregierungen, durch das Preiserhöhungen für Fernwärmelieferungen aufgrund der sprunghaft gestiegenen Gaspreise in der EU vermieden werden sollen. Diese Beschlüsse wurden aus populistischen Überlegungen heraus getroffen und stehen dem Ziel entgegen, Energiepreise marktwirtschaftlich zu gestalten. Sie dürften von der EU und dem Internationalen Währungsfonds sorgsam unter die Lupe genommen werden.

3. Fortschritte bei den Reformen und Erfolgsgeschichten

Im vergangenen Juli verabschiedete die Werchowna Rada ein Gesetz, das einen Neustart des Hohen Justizrats und der Hohen Qualifizierungskommission der Richter initiierte und als positiver Schritt in Richtung einer Justizreform betrachtet wird. Die Umsetzung der Reform ist allerdings ins Stocken geraten, da die Richterschaft nicht in der Lage zu sein scheint, ihre Vertreter:innen für die Kommission zu bestimmen.

Virtuelles Anlagevermögen und Währungen

Die Werchowna Rada verabschiedete kürzlich das Gesetz »Über virtuelles Anlagevermögen«, das einen ersten Schritt hin zu einer Legalisierung und Regulierung von Kryptowährungen in der Ukraine darstellt. Dieses Gesetz wird zudem der Geldwäsche mit Hilfe von Kryptowährungen einen Riegel vorschieben.

4. Die Situation im Donbas

Die Lage an der Front im Donbas hat sich dermaßen verschlechtert, dass der Kommandeur der ukrainischen Gemeinsamen Einsatzkräfte (engl.: »Joint Forces Operation«) seinen Befehl zurückzog, der Schüsse als Antwort auf militärische Provokationen der Separatist:innen untersagte. Die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (*OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine*) berichtet von einer stetigen Zunahme der Gefechte an der Frontlinie. Einem Bericht zufolge, der Ende September vom Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte veröffentlicht wurde, ist die Anzahl der Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens in der ersten Hälfte des Jahres 2021 gegenüber den sechs Monaten zuvor um 51 Prozent gestiegen.

Vergabe russischer Staatsangehörigkeit an Bewohner:innen des Donbas

Vor den russischen Parlamentswahlen vom 17.–19. September intensivierte die Regierung der Russischen Föderation die Verleihung der russischen Staatsangehörigkeit durch Passvergabe an Bewohner:innen der nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Teile des Donbas. Die neuen »Bürger:innen« Russlands konnten elektronisch wählen oder wurden mit öffentlichen Transportmitteln nach Russland verbracht, um dort ihre Stimme abzugeben.

Die ukrainische Verfassung erkennt allerdings keine doppelte Staatsbürgerschaft an, und am 22. September verabschiedete die Werchowna Rada einen Beschluss, der die russische Staatsduma deswegen verurteilt. Die Werchowna Rada forderte darüber hinaus die internationale Gemeinschaft auf, die rechtswidrigen Stimmabgaben auf der Krim und im Donbas zu untersuchen und kritisierte die fehlenden Möglichkeiten für Bürgerrechtsorganisationen, die Wahlen angemessen zu beobachten.

Stand: 8. Oktober 2021

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Das Kennan Institute des Wilson Center bringt unter dem Titel »Ukraine Quarterly Digest« jährlich vier Quartalsberichte heraus, die kurz und prägnant zentrale innen- und außenpolitische Entwicklungen der vergangenen Monate in der Ukraine zusammenfassen. Der jüngste Bericht für das dritte Quartal des Jahres 2021 ist am 8. Oktober 2021 erschienen und zugänglich unter: <https://www.wilsoncenter.org/blog-post/ukraine-quarterly-digest-july-september-2021>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen bedankt sich beim Kennan Institute des Wilson Center für die Kooperation und die Erlaubnis, den Quartalsbericht in deutscher Übersetzung abdrucken zu dürfen.

Über den Autor

Andrian Prokip ist Senior Associate des Kennan Institute und Energieexperte am Ukrainian Institute for the Future in Kyjiw.

CHRONIK

08. – 21. November 2021

08.11.2021	Oleksandr Kornijenko, der kürzlich zum stellvertretenden Vorsitzenden der Werchowna Rada gewählt wurde, tritt von seinem Amt als Vorsitzender der Partei »Diener des Volkes« zurück, wie eine Sprecherin mitteilt.
08.11.2021	Der Eigentümer der englischsprachigen Wochenzeitung »Kyiv Post«, der Unternehmer Adnan Kiwan, teilt mit, die Zeitung sei »für kurze Zeit« geschlossen und er hoffe, sie »eines Tages größer und besser wiederzueröffnen«. Das Redaktionsteam vermutet hinter der Schließung allerdings einen Konflikt um seine journalistische Unabhängigkeit, wie es in einer Erklärung mitteilt. Zuvor waren Pläne des Eigentümers für eine Erweiterung der Kyiv Post um eine ukrainischsprachige Ausgabe mit eigener Redaktion bekannt geworden, die bei der bestehenden Redaktion auf Widerstand stießen. Der Chefredakteur der Zeitung Brian Bonner kündigt an, nach der Schließung aufzuhören.
08.11.2021	Im Zusammenhang mit dem im September 2021 verabschiedeten Gesetz zur De-Oligarchisierung verkauft der ehemalige Präsident Petro Poroschenko die Unternehmensrechte an den Fernsehsendern »5 Kanal« und »Prjamyj« an die neu gegründete Medienholding »Wilni Media«. Nach dem im September verabschiedeten Gesetz ist der maßgebliche Einfluss auf Medien ein Kriterium für die Einstufung einer Person als Oligarch:in.
08.11.2021	Dem Gesundheitsministerium zufolge hat sich die Infektionsrate auf dem aktuellen Höhepunkt der Coronavirus-Pandemie etwas stabilisiert, bei der Sterblichkeit liegt die Ukraine laut Daten von »Worldometer« allerdings weltweit auf Platz zwei. Die Neuinfektionen liegen bei 13.068 Fällen, die 7-Tage-Inzidenz liegt bei 370,1 pro 100.000 Einwohner:innen und binnen 24 Stunden sind 473 Menschen gestorben. Seit Beginn der Pandemie sind in der Ukraine insgesamt 72.557 Menschen an Covid-19 gestorben.
09.11.2021	Auf dem Forum »Der große Bau: die neue Eisenbahn« kündigt der Infrastrukturminister Oleksandr Kurbakow an, die staatliche Eisenbahngesellschaft Ukrzaliznyzja werde im Rahmen der im Februar 2020 vereinbarten Zusammenarbeit den Personenverkehr ab dem Jahr 2022 auf das Management der Deutsche Bahn-Tochter »DB Engineering & Consulting GmbH« übertragen. Präsident Wolodymyr Selenskyj kündigt außerdem einen umfangreichen Ausbau des Personen- und Güterverkehrs einschließlich der Anschaffung neuer Züge an.
09.11.2021	Aufgrund der sich verschlechternden Covid-19-Situation beschließt der Rat der Europäischen Union, die Ukraine wieder von der Liste der Länder zu streichen, für die den Mitgliedsstaaten die Aufhebung von Reisebeschränkungen empfohlen wird.
09.11.2021	Ab dem 12. November 2021 wird die Oblast Tscherkasy als »rote« Zone mit den schärfsten Quarantäne-Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie eingestuft. Insgesamt sind im Zeitraum seit Ende Oktober 2021 schon 17 Regionen zur »roten« Zone erklärt worden.
09.11.2021	Mit 833 Todesfällen aufgrund von Covid-19 binnen 24 Stunden bricht die Ukraine erneut ihren eigenen Rekord. Die Zahl der Neuinfektionen liegt bei 18.988 Fällen und die 7-Tage-Inzidenz bei 368,2 pro 100.000 Einwohner:innen.
10.11.2021	Aufgrund von Sicherheitsbedenken in Zusammenhang mit den derzeit an der Grenze zu Polen in Belarus feststehenden Flüchtlingen verstärkt die Ukraine den Schutz der rund 1000 Kilometer langen Grenze zu Belarus, wie Innenminister Denys Monastyrskyj auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates erklärt. Zusätzlich etwa 8.500 Grenzschützer:innen, Nationalgardist:innen und Polizist:innen sollen daran beteiligt werden.
10.11.2021	Die Ukraine lehnt den Vorschlag des außenpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im deutschen Bundestag Nils Schmid ab, die derzeit an der Grenze zu Polen in Belarus feststehenden Flüchtlinge vorübergehend in der Ukraine unterzubringen. Auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates erklärt dessen Sekretär Oleksij Danilow spöttisch, die Sozialdemokrat:innen sollen »die Flüchtlinge doch bei sich zu Hause aufnehmen.«
10.11.2021	Der ehemalige Kämpfer der »Volksrepublik« und Leiter des illegalen Gefängnisses »Isolation« in der besetzten Region Donezk, Denys »Palytsch« Kulykiwskyj, wird inhaftiert, nachdem er zuvor von Beamt:innen des ukrainischen Sicherheitsdiensts festgenommen worden war. Gegen ihn wird wegen Folterverbrechen gegen Gefangene ermittelt.
10.11.2021	Zum ersten Mal seit Beginn der Impfkampagne fordert Präsident Wolodymyr Selenskyj die Menschen in einer Videobotschaft auf, sich gegen das Coronavirus impfen zu lassen.

11.11.2021	Das Redaktionsteam der am 8. November 2021 unvermittelt geschlossenen Zeitung »Kyiv Post« kündigt an, ein neues Medium zu gründen. Das entlassene Team hatte zuvor dem Eigentümer Adnan Kiwan erfolglos vorgeschlagen, die Zeitung zu verkaufen. Daraufhin hatte Kiwan dem Team vorgeschlagen, unter neuer Redaktionsleitung zur Zeitung zurückzukehren, was dieses allerdings wegen Bedenken um seine journalistische Unabhängigkeit ablehnte.
12.11.2021	Der ukrainische Sicherheitsdienst teilt mit, er habe dem Flugzeug des ukrainischen Abgeordneten Taras Kosak, der unter Verdacht des Hochverrats und auf der Sanktionsliste des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates steht, den Eintritt in den ukrainischen Luftraum verweigert.
14.11.2021	Der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Oleksij Danilow sagt zu der Migrationskrise an der Grenze zu Polen in Belarus, es sei »eine weitere Spezialoperation Russlands mit dem Ziel, die Situation in Europa an [der ukrainischen] Grenze zu destabilisieren« und die Krise könne auch die Ukraine betreffen. Der US-Außenminister Antony Blinken sagte in einem Gespräch mit dem polnischen Außenminister Zbigniew Rau, das Vorgehen des belarusischen Regimes zielle darauf ab, »von Russlands Aktivitäten an der Grenze zur Ukraine abzulenken.«
15.11.2021	Angesichts der Ende Oktober gemeldeten Truppenbewegungen Russlands an der Grenze zur Ukraine warnen der deutsche und der französische Außenminister in einer gemeinsamen Erklärung Russland, dass jeder neue Versuch, die territoriale Integrität der Ukraine zu verletzen, »ernste Konsequenzen« haben würde.
15.11.2021	Olena Schuljak, zuvor stellvertretende Parteivorsitzende, wurde auf dem Parteitag zur neuen Vorsitzenden von »Diener des Volkes« gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Oleksandr Kornijenko an und war vom Präsidentenbüro für diesen Posten favorisiert worden.
15.11.2021	Laut einem Zwischenbericht der nichtständigen Untersuchungskommission zum Fall der »Wagner-Gruppe« gibt es keine Beweise dafür, dass das Präsidentenbüro die »Verschiebung« der Operation zur Festnahme der russischen Söldner im Juli 2021 angeordnet hat. Wer diese Entscheidung getroffen hat, die schließlich zum Scheitern der Operation führte, ist weiter unklar.
15.11.2021	Präsident Wolodymyr Selenskyj verspricht in einer Videobotschaft allen Personen, die sich vollständig impfen lassen, die Auszahlung von 1.000 Hrywnja (ca. 33 Euro) ab dem 19. Dezember 2021. Seit Beginn der Impfkampagne sind in der Ukraine mehr als 12,2 Millionen Menschen gegen Covid-19 geimpft worden, davon mehr als 8,7 Millionen vollständig. Das entspricht einer Impfquote von 27,7 Prozent.
15.11.2021	Ab dem 18. November 2021 wird die Oblast Winnytsja als »rote« Zone mit den schärfsten Quarantäne-Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie eingestuft.
16.11.2021	Nach Recherchen des Investigativmediums »Bihus.Info« haben etwa drei Dutzend Personen, die mit der Familie von Präsident Wolodymyr Selenskyj oder seinem ehemaligen Fernsehstudio »Kvartal 95« in Verbindung stehen, in den zweieinhalb Jahren seiner Präsidentschaft hohe staatliche Stellen bekommen. Selenskyj hatte noch im Wahlkampf versprochen, keine Posten an nahestehende Personen zu vergeben.
16.11.2021	In der Werchowna Rada wird eine neue interfraktionelle Vereinigung namens »Vernünftige Politik« (Rosumna Polityka) gegründet, zu deren Vorsitzenden der ehemalige Parlamentspräsident Dmytro Rasumkow gewählt wird. Rasumkow war als Parlamentsvorsitzender bei Präsident Wolodymyr Selenskyj in die Kritik geraten und im Oktober von einer Mehrheit des Parlaments abgesetzt worden, woraufhin er die Gründung einer neuen Vereinigung ankündigte.
16.11.2021	Ein weiterer Abgeordneter, Artem Dmytruk wird von seiner Fraktion »Diener des Volkes« ausgeschlossen. Er sei von der Partei »desillusioniert« und wolle der von dem ehemaligen Parlamentspräsident Dmytro Rasumkow neu gegründeten interfraktionellen Vereinigung »Vernünftige Politik« beitreten.
16.11.2021	Mit 838 Todesfällen aufgrund von Covid-19 binnen 24 Stunden bricht die Ukraine erneut ihren eigenen Rekord. Die Zahl der Neuinfektionen liegt bei 16.308 Fällen und die 7-Tage-Inzidenz bei 341 pro 100.000 Einwohner:innen.
17.11.2021	Das Investigativmedium »Bellingcat« hat neue Recherchen veröffentlicht, nach denen der Leiter des Präsidentenbüros Andrij Jermak die »Verschiebung« der Operation zur Festnahme russischer Söldner der »Wagner-Gruppe« im Juli 2021 anordnete. Ein mutmaßliches Informationsleck im Präsidentenbüro hat schließlich zur vorzeitigen Festnahme der Söldner in Minsk und zum Scheitern der Operation geführt. Sowohl die parlamentarische Untersuchungskommission als auch das Präsidentenbüro hatten dessen Rolle im Fall der Wagner-Gruppe zuvor bestritten.
17.11.2021	In der Ukraine sinkt die Zahl der Neuinfektionen mit Covid-19 wieder. Mit 20.211 ist die Zahl der genesenen Personen höher als die Zahl der Neuinfektionen mit 18.669 Fällen binnen 24 Stunden. 4.468 Menschen wurden hospitalisiert, 769 Menschen starben. Die Inzidenz liegt bei 334,9 pro 100.000 Einwohner:innen.

18.11.2021	Innenminister Denys Monastyrskij gibt bei einem Briefing bekannt, dass eine Ukrainerin und ein Amerikaner den Mord an dem Minister für Agrarpolitik und Ernährung Roman Leschtschenko in Auftrag gegeben haben. Das Attentat konnte vereitelt und die Auftraggeber:innen festgenommen werden, ihnen drohen nun lange Haftstrafen.
18.11.2021	Die Journalistin Janina Sokolowa veröffentlicht Geheimdienst Dokumente, aus denen hervorgeht, dass die Entscheidung zur »Verschiebung« der entscheidenden Phase der Operation »Wagner« im Juli 2021 auf die höchste politische Führungsebene zurückgeht. Am Vortag hatte eine Veröffentlichung des Investigativmediums »Beltingcat« ebenfalls eine Anordnung seitens des Präsidentenbüros nahegelegt. Die Operation zur Festnahme von russischen Söldnern der »Wagner-Gruppe« war schließlich aufgrund eines Informationslecks gescheitert.
19.11.2021	Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko erklärt, dass der Rückgang der Infektionszahlen mit Covid-19 innerhalb der letzten zwei Wochen darauf hindeute, dass die Ukraine über den Höhepunkt der dritten Welle der Coronavirus-Pandemie hinweg sei.
20.11.2021	Der US-Geheimdienst warnt die verbündeten Staaten vor einem möglichen russischen Angriff auf die Ukraine, wie der staatliche Auslandssender »Voice of America« berichtet. Der ukrainische Außenminister Oleksij Resnikow glaube dagegen nicht an eine erneute russische Großoffensive und die Besetzung neuer Gebiete in der Ukraine. Ende Oktober waren an der Grenze zur Ukraine russische Truppenbewegungen festgestellt worden.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Almuth Müller

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Florian Kübler
 Chronik: Almuth Müller
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.